

## ■ NEUES AUS DEM ASIENHAUS

### ■ Diskussionsabend »Endlich Frieden mit der Linken?«

Am Dienstag, dem 27.9.2016, fand im **philippinenbüro** ein Vortrags- und Diskussionsabend über den Friedensprozess zwischen der philippinischen Regierung und der linken Bewegung CPP-NPA-NDF (Communist Party of the Philippines; New People's Army; National Democratic Front) anlässlich der wiederaufgenommenen Gespräche statt. Hierzu konnten wir Joeven Reyes, Geschäftsführer des Netzwerkes Sulong CARHRIHL und Jahrzehnte-lange Verfechterin des Friedensprozesses, begrüßen. Das Netzwerk Sulong CARHRIHL (Comprehensive Agreement on Respect for Human Rights and International Humanitarian Law) ist Mitglied in der Vereinigung »Manindigan para sa Peace Talks« (*Stand up for Peace Talks*), die sich aus mehreren zivilgesellschaftlichen Gruppen zusammensetzt und die Friedensverhandlungen seit 2001 kritisch begleitet.

Dank der Vernetzung mit regionalen, so wie überregionalen Organisationen gelingt es Manindigan, Fälle von Menschenrechtsverletzungen und die Einhaltung des vereinbarten Waffenstillstandes vor Ort zu überwachen.

In ihrem Vortrag und der anschließenden Diskussionsrunde äußerte Joeven Reyes ihre Einschätzungen zu dem Friedensprozess und ging auf Fragen und Anregungen ein. Generell ist sie optimistisch, dass die Parteien eine Einigung finden werden, dennoch werde dies einige Zeit in Anspruch nehmen, da die Details und Bedingungen noch ausgearbeitet werden müssen. Die jetzigen Verhandlungen heben sich von den vorigen – gescheiterten – darin ab, dass die Duterte Regierung sich, im Vergleich zu vorigen Regierungen, mit mehr Nachdruck an den Verhandlungen beteiligt. Bereits im Vorfeld der Verhandlungen wurden 22

politische Gefangene aus den Reihen des NDFP, als vertrauensbildende Maßnahme freigelassen und weitere Freilassungen wurden angekündigt. Duterte, der sich selbst als Sozialist bezeichnet und gute Beziehungen zu Joma Maria Sison, dem Gründer der CPP, pflegt, hat als erster Präsident bereits in seiner Wahlkampagne den Friedensprozess thematisiert. Reyes begrüßt zwar Dutertes Engagement in den Friedensverhandlungen, erinnert jedoch zugleich daran, dass seine bisherige Amtszeit von 3 Monaten, laut NGO Angaben, 3.800 Menschenleben gekostet hat. Mit einer solchen Menschenrechtssituation in den Philippinen lässt sich schwer über Frieden verhandeln, diese sollte vielmehr Teil der Verhandlungen sein, zudem sollte die Anteilnahme der Zivilgesellschaft am Friedensprozess insbesondere von Seiten der Regierung gefördert werden.

### ■ Gesprächsrunde mit ASEAN Parlamentariern in Brüssel



Das Podium  
während der  
Gesprächsrunde  
in Brüssel.  
Foto: Lilli  
Breininger

Am Montag, den 10. Oktober 2016, fand in Brüssel eine Podiumsdiskussion des *European Institute for Asian Studies* (EIAS) in Zusammenarbeit mit *ASEAN Parliamentarians for Human Rights* (APHR) statt, der Fokus war die Beteiligung der Zivilgesellschaft an Freihandelsverhandlungen. Die Vertreter\_innen des APHR waren Mo Sochua, eine Parlamentarierin aus Kambodscha, Mercy Barends aus Indonesien und Charles Santiago aus Malaysia. Mit ihnen am Tisch saßen

Eddy Laurijssen (EIAS), Gaëlle Dusepulchre (fidH) und Xavier Nuttin als Asien-Analyst aus dem EU Parlament. Da Freihandelsverträge in der globalen Wirtschaft eine immer größere Rolle spielen, stellt sich die Frage, ob sie auch die Ziele nachhaltiger Entwicklung (SDGs) berücksichtigen. Alle ASEAN Parlamentarier\_innen berichteten über eine unzureichende oder fehlende Einschätzung der Menschenrechts- und Umweltstandards der jeweiligen Länder von Seiten der EU. In Kambodscha leidet die ländliche Bevölkerung unter dem EBA (*everything but arms*) Export in die EU, insbesondere aufgrund der Zuckerplantagen, die den Bauer\_innen kein Land für Nahrungsmittelanbau lässt. Die EU hat zwar die Möglichkeit mit

Sanktionen für Unternehmen zu reagieren, doch diese müssen erst von der EU-Kommission eingeleitet werden. Es wird über Menschenrechtsstandards geredet, aber wirkliche Mechanismen gibt es dafür nicht. In der Zivilgesellschaft und in den Parlamenten weltweit bekommen Freihandelsverträge immer weniger Zustimmung, doch die Möglichkeit für die Zivilgesellschaft ihre Meinung kund zu tun und sich an Freihandelsverhandlungen zu beteiligen, ist sehr eingeschränkt. Bisher zeigen die Freihandelsverträge zwischen EU und ASEAN-Staaten mehr Interesse an reinem Profit als an inklusivem und nachhaltigem Wachstum. Hier ist die Zivilgesellschaft gefragt, sich weiterhin lautstark für Menschenrechts- und Umweltstandards einzusetzen.